

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biedrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Paul Jorisch in Biedrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Felder vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biedrich.

Subskription in Hochheim: Jean Laue.

Bezugspreis: monatlich 1.25 M. einschl. Botenlohn. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Anzeigenpreis: für die obige Zeilenbreite oder deren Raum 50 Pfg. Nachkommende 100 Pfg.

37

Donnerstag, den 25. März 1920.

Postamt Wiesbaden

14. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nr. 118.

Bekanntmachung.

Landwirt, Eduard Bießer II. ist als Gemeinderichter der Gemeinde Kuringen gewählt, von mir bestätigt und vereidigt worden. Wiesbaden, den 16. März 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußenbüros. A. W. Schmitt.

Nr. 119.

Bekanntmachung.

Auf die Berichtigung auf Seite 205 des Kreisgeheftes vom 1920, betreffend die Berichtigung über Freimachung von Arbeitsstellen, mache ich aufmerksam. Wiesbaden, den 18. März 1920.

Der Vorsitzende des Demobilisierungsausschusses: A. W. Dr. Müller.

Nr. 120.

Betreffend: Lehrgang der Heimkehrer über Möglichkeiten, etwaige Ansprüche geltend zu machen.

Es ist hier bekannt gegeben, daß zurückkehrende Kriegsgefangene ihre Ansprüche durch gewerkschaftlich arbeitende Stellen einreichen. Die Heimkehrer sind deshalb darauf aufmerksam zu machen, daß die Ansprüche, die sich aus dem früheren Militärverhältnis ergeben und die sie ausnahmsweise im Duloz nicht stellen konnten, an der zuständigen Versorgungsstelle (früheres Bezirkskommando) — gegebenenfalls auch bei den zuständigen Stellen — einzureichen. Dem ist hinzuzufügen, daß die Kriegsgefangenenheimkehrer ihrer Wohn-, Arbeits- und sonstigen Angelegenheiten in der Heimat, soweit es sich um Rat und Hilfe erteilen und ihre Ansprüche aufnehmen. Schließlich ist ihnen klar zu machen, daß die Ansprüche, die durch den Kriegswirtschaftsminister eingereicht werden, dem Heimkehrer nicht nur unnötige Kosten verursachen, sondern auch vielfach vermeidbare Verzögerungen in der Erledigung erleiden, weil notwendige Angaben fehlen, die erst durch Rückfragen bei Dienststellen erledigt werden müssen.

Berlin W. 65, Behligerstraße 5, den 20. 2. 1920. Heeresabteilungsamt Berlin. Unterfunktions-Departement (Abw.) Nr. 300/2. 20. II. 7. (Abw.) II. A. A. (gez.) Karmel.

Wird veröffentlicht. Der Vorsitzende des Kreisverkehrsamtes. A. W. II. 1448/1. A. W. Philippi.

Nichtamtlicher Teil.

Zur politischen Lage.

Am 22. März. Das Austrittsgesuch des Reichswehrministers Roske ist vom Reichspräsidenten genehmigt worden.

Reichspräsident Ebert hat lange mit der Genehmigung des Gesuches geögert, weil er der Meinung war, daß Roske gehalten werden müßte u. daß er persönlich die Verantwortung für die Politik Roskes trage, die seine Zustimmung gefunden habe. Ebert fällt sich so stark mit Roske solidarisch, daß er sogar seinen Austritt vom Amt ins Auge gefaßt hat. Wenn dieser Austritt tatsächlich werden sollte, würde das nur zu einer Steigerung der inneren Verwirrung bzw. zu einer Einwärtsentwicklung beitragen; verfassungsrechtlich liegt für ihn kein Anlaß zu einem derartigen Schritt vor, weil er als Reichspräsident eine ununterbrochene Persönlichkeit ist.

Der Termin der Neuwahlen.

Die Frage, wann die Neuwahlen zum Reichstag stattfinden sollen, hat vor, während und nach dem Austritt des Roske und Mittels eine große Rolle gespielt. Sie sollen durch die Debatte in der Reichstagsversammlung erledigt zu sein, daß die Neuwahlen im Oktober stattfinden würden. Sie ist dann wieder durch den Willen der Reichstagsversammlung aufgeschoben worden und nach den jüngsten Erklärungen herrscht in politischen Kreisen allgemein das Gefühl vor, daß die Neuwahlen so schnell wie möglich vorgenommen werden müssen. Am Montag ist auch im Reichstagsrat der Ausschuss über die Frage gesprochen worden mit dem Ergebnis, daß man den 30. Mai oder den 6. Juni als Termin der Reichstagswahl in Aussicht nahm. Es handelt sich selbstverständlich nur um eine ganz unverbindliche Aussprache.

Reine Reichswehr im besetzten Gebiet gebildet.

Wie die Rheinlandkommission mitteilt, trifft die Meldung aus Stuttgart, daß der Verband der Reichsregierung die Ermächtigung erteilt habe, die Reichswehrtruppen zur Wiederherstellung der Ruhe im Industriegebiet innerhalb des besetzten Gebietes aufzumarschieren zu lassen, nicht zu.

Heere Kapp zum Gedächtnis.

Berlin. Wie wir hören, wird gegenwärtig von der Reichsregierung eine Druckliste vorbereitet, in welcher die Taten der sogenannten Regierung Kapp im Zusammenhang dargestellt werden. Diese Druckliste soll als Veröffentlichung des Herrn Kapp und seiner Anhänger erscheinen. Ferner soll sie eine Vorgehensweise des hochverräterischen Aktes geben und schließlich die Wirkungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete darstellen. Es handelt sich um Massenauflagen, in denen sie verbreitet werden soll.

Zur Kabinettsbildung.

Berlin. Die mehr oder weniger bestimmt auftauchenden Gerüchte, daß das Reichskabinett am 24. März zurücktritt und innerhalb 24 Stunden neu gebildet wird, wobei die Minister Bauer, Brüder und Giesberts in ihren Ämtern bleiben sollten, entbehren,

wie die „Nass. Volkszeitg.“ an zuständiger Stelle erfährt, der Grundlage. Eine Umbildung des Kabinetts soll jedoch dahin vorgenommen werden, daß die abgetrennten nicht besetzten Ministerposten im Reichsfinanz-, Reichsjustiz- und Reichswirtschaftsministerium neu besetzt werden. Die beiden ersten Posten, die bisher vom Zentrum besetzt waren, sollen ihm auch weiter verbleiben. Auf die Befehlung des Reichswirtschaftsministeriums legen die Reichsjustizminister keinen Wert, so daß eine der beiden bürgerlichen Parteien dafür einen Minister stellen wird. Die zurzeit im Amt befindlichen Minister sollen ihre Posten weiter behalten. Sobald die Regierungsbefehlungen vollständig sind, wird sich das Kabinett der Nationalversammlung vorstellen.

Aus dem Reich.

Am 22. März. Die Kämpfe in und um Halle waren in der Nacht zum Dienstag beendet. Das Militär ist wieder Herr der Lage.

Der Kampf um das Industriegebiet.

Düsseldorf, 22. März. Fortgesetzt finden Transporte der Roten Armee aus Düsseldorf und Umgebung nach der Kampffront gegen die Regierungstruppen statt, die gegenwärtig in Duisburg stehen. Sonst ist in Düsseldorf alles ruhig. Die in der Stadt verbleibenden Gerichte über die Verhaftung von Gelsen werden vom Volksgericht demontiert.

In Essen ist jetzt außer der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ auch das Zentralblatt, die „Essener Volkszeitung“, verboten worden. Vor dem Essener Rathaus sind mehrere Gebäude aufgestellt worden, die den Kommunisten nach dem Abzug des Freikorps Schatz in die Hände gegeben sind.

In einer Delegiertenversammlung der sozialistischen Parteien des Industriebezirks in Hagen, an der Kommunisten, Unabhängige und Reichswehrtruppen teilnahmen, wurde für das weitere Vorgehen eine Anzahl von Maßnahmen aufgestellt, wonach die Bürgerwehr und die Reichswehrtruppen entlassen und sämtliche Offiziere aus der Reichswehr entfernt werden sollen. Ebenso soll die staatliche Sicherheitspolizei aufgelöst werden. An Stelle der militärischen Truppeneinheiten soll eine aus Arbeiterern der drei sozialistischen Parteien zusammengesetzte Volkswehr gebildet werden. Als dahin übernimmt die bewaffnete Arbeiterkraft die Sicherung der Ruhe und Ordnung. Die Parteien stehen grundsätzlich auf dem Boden der Verfassung und erklären, daß eine Ausrufung der Diktatur des Proletariats nicht gedacht wird.

Die in Bochum verbliebenen Arbeiterkräfte des Industriebezirks fordern gleichfalls Entlassung des Bürgerwehrs und vollständige Befreiung der Arbeiterkraft. Zur einheitlichen Leitung der Bewegung soll ein aus Angehörigen aller drei sozialistischen Parteien gewählter Ausschuss gebildet werden.

Der Volksgericht teilt mit:

Das gesamte Industriegebiet befindet sich in den Händen der revolutionären Arbeiter. Die Rote Armee, die mindestens 50.000 bis 60.000 Mann stark ist, befindet sich in großem Vorrück nach Weisel, wo sich die letzten Reichswehrtruppen festgesetzt haben.

Das „Ausschreißer“ meldet: Der linke Flügel der Front der Roten Armee erstreckt sich von Düsseldorf über Hagen nach Dortmund. Auf diesem Frontflügel finden gegenwärtig noch heftige Kämpfe statt. Wäldern und Dörfern sind genommen und 900 Gefangene gemacht worden. Der allgemeine Vorrück geht in die Richtung Weisel. In der Nähe von Hagen wurde ein von Weisel in das Industriegebiet gefandener Panzerzug zum Stehen gebracht, indem die Bahngeleise vor und hinter dem Zug gesprengt wurden. Auf dem Frontflügel zwischen Dortmund und Dortmund ist es ruhig. Aus den Sonntagskämpfen mit dem Weimarer Freikorps wurden als Beute bisher eingebracht: 5 Geschütze, 6 Minenwerfer, 3000 Gewehre, 20.000 Schuss Munition, 200 Pferde und 200 Wagen und viel Bagage. Die Entleerung der Beute dauert an.

Kohle und Lebensmittel.

Dortmund, 22. März. Gestern war ein Flieger über der hiesigen Gegend flüchtig ab, in denen es unter anderem heißt:

Nun nimmt die Räteaktivität, die durch Gewalt, durch Mord, Mergewehr und Handgranaten, durch Blutvergießen und Bürgerkrieg in einigen Industrieorten ihren Anfang genommen hat, ihr trügerisches Ende. Stärker als die furchtbare Waffe des Bürgerkrieges ist die Gewalt des Hungers.

Der Dortmunder Volksgericht teilt mit:

Am Industriebezirk hat sich ein politischer Zentralausschuss der revolutionären Proletariate gebildet, der bereits mit anderen Stellen in Verbindung steht, damit mehr Lebensmittel als bisher herbeikommen. Die Macht ist im Besitz des revolutionären Proletariats. Das steht fest und ist von jedem leicht nachzuprüfen. Damit sind die Kohlenkette Deutschlands in seinem Besitz, und was das heißt, das kann jeder leicht erkennen. Es ist vorzuschlagen worden, für jede Tonne Kohle, die hinausgeht, ein bestimmtes Quantum Lebensmittel als Gegenleistung auszusenden. Dieses Angebot ist sehr günstig aufgenommen worden und wird sicher zum Erfolg kommen. Der Industriebezirk wird also kein Hunger leiden, weil er das beste Zahlungsmittel der Welt, die Kohle, hat. Aber es wird diese Kohle für sich behalten und nicht eine Tonne abgeben an diejenigen, die jetzt das Hungergepöhl an die Wand malen. Wer Kohle hat, hat Arbeit und Brot.

Am 22. März. Die Arbeit ist in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Zur Reise des Ministers Giesberts ins Industriegebiet.

Berlin. Der Reichsminister Giesberts ist am Montag mit einem Sonderzug ins Industriegebiet gefahren, um im Auftrag des Reichspräsidenten den Versuch zu machen, durch eine Vermittlung den bevorstehenden Kampf zwischen den bewaffneten Arbeitern des Ruhrgebietes und der Reichswehr zu vermeiden. Vor seiner Abreise begab sich der Minister auf kurze Zeit zu dem Verbandstag der unteren Post- und Telegraphenbeamten, der schon seit einigen Tagen verhandelt. Der Minister sprach den verammelten Postbeamten den Dank der Reichsregierung aus für ihren entschlossenen Kampf gegen den Völkerverrat der Kapp, Müllers und Giesberts. Giesberts führte dabei nach der Korrespondenz Sachzweck u. a. folgendes aus: „Wenn es der Beamten- und Arbeiterschaft nicht gelungen wäre, durch ihre Entschlossenheit und Ent-

schlossenheit die sogenannte Kapp-Regierung zu stürzen, dann wäre Deutschland auseinandergefallen, dann wäre die Ausrufung der Republik nicht anzuhalten gewesen. Wie sich die politische Lage löst, darüber kann in diesem Moment noch nichts gesagt werden. Wir hoffen, daß sie so gelöst wird, daß die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland erhalten und auf dieser Grundlage weitergebaut wird. So alle wissen, daß ich nicht in meiner Persönlichkeit, sondern durch die politischen Verhältnisse als Arbeiter an die Spitze des Reichspostministeriums gestellt worden bin. Ich darf versichern, daß die Absicht, die irgendwo bestehen sollte, das Reichspostministerium anders zu besetzen, wohl kaum auf Erfolg zu rechnen hat, wenn auch die Kabinettsbildung erfolgt. So glaube ich, daß ich mit Ihrer Hilfe auf dem Posten bleibe, Ihnen zu Liebe, nicht mir zu Liebe.“ (Beifall.) Der Minister teilte dann in seiner Rede weiter mit, daß er am Vormittag den Oberpostdirektor von Berlin Soemig sein Amt entband und das Ministeramt an seinen Stellvertreter übertrug. Es sei bedauerlich, daß ein Mann, der 41 Dienstjahre hinter sich habe und im allgemeinen ein tüchtiger Beamter gewesen sei, sich durch seinen unbegrenzten Ehrgeiz habe verurteilen lassen, Kapp zu unterstützen.

Wenig Hoffnung auf eine friedliche Lösung.

Hagen. In einem Bericht, den Oberbürgermeister Gans über die von ihm und anderen Vertretern aus dem Industriegebiet mit den Berliner Regierungstruppen in der Lebensmittelfrage geführten Verhandlungen gab, betonte er, daß Hagen jede Veranschaulichung nach Deutschland ablehne, solange in irgend einem Gebiet die Kapprepublik besteht. Der hiesige Oberbürgermeister erklärte, man verfolge darüber jedes außerhalb der Verfassung stehende, eine Gewalt ausübende Organ, möge es sich Aktionsausschuss oder sonstwie nennen. Die französische Kommissionskommission sei von Hagen nach Frankreich abgereist, um ihrer Regierung über die Lage im Industriegebiet zu berichten. Der Verband fordere sofortige Entlassung der Arbeiter. Seine in Deutschland weilenden Vertreter seien außerst ungehalten über die ungeheuren Verbrechen, die sich in den Händen der Arbeiter befanden. Sie hätten darüber erklärt: Wir rufen in Weisel ein, wenn dort nicht sofort Ordnung gebracht wird. Aus den Mitteilungen des Reichsministers sei zu entnehmen, daß er nicht gewillt sei, den Arbeiter und Weimarer von Einmäandern und Franzosen belegen zu lassen, ohne vorher zu versuchen, mit bewaffneter Macht die Ordnung wieder herzustellen. Oberbürgermeister Gans besprach auch mit Minister Giesberts andere Minister die furchtbare Lage und sagte, die Ermordung der jetzt festgenommenen Arbeitermänner sei kaum durchführbar, ohne daß ein gewalttätiger Bürgerkrieg entfesselt werde. Es werde erzwungen, eine neue Sicherheitspolizei von Arbeitern aller Parteien aufzustellen. Oberbürgermeister Gans bemerkte weiter auf Anfrage: Wir haben hier keine Truppen, wir haben nur die Schutze der Verfassung in Weisel. An demotischen Werten, die man empfindet über die hiesigen Zustände in Weisel. Auch in Weimarer mahnen die Arbeiter, die Arbeiter, daß die Arbeiter die Vorgänge sehr beobachtet und sofort einmarschieren würden, wenn die Kapprepublik ausgerufen werde oder etwas ähnliches sich ereignen sollte. Oberbürgermeister Gans verhandelte auch mit dem Aktionsausschuss. Die dort vorhandene Aufregung läßt wenig Hoffnung, daß sich die Verhältnisse noch friedlich gestalten lassen. Man wolle, so wurde dort erklärt, keine Unterwerfung unter irgendwelche militärischen Stellen, was einer Unterwerfung unter Okkupation gleichkomme. Die Rote Armee in einer Stärke von 120.000 Mann (?) rückt jetzt auf der Rheinlinie gegen Weimarer vor. Man werde alle weimarerfähigen Männer zum Kampf gegen die Reaktion aufrufen.

Marsch und Kämpfe.

Buer, 23. März. Wie die „Buerische Zeitung“ hört, sind seit Sonntag früh schwere Kämpfe an der Rheinlinie des Industriegebietes im Gange. Die Meldungen, daß in Weisel und in Münsterlande große Truppeneinheiten zusammengezogen sind, scheinen sich zu bestätigen. Diese Truppen sollen auch mit zahlreichen Panzerzügen ausgerüstet sein. Die roten Truppen halten die Linie Hagen-Weisel bis zum Rhein fest. Zwischen Düsseldorf und Weisel scheinen besonders heftige Kämpfe im Gange zu sein. In der Nacht zum Montag steigerte sich das Weimarerfeuer zeitweilig bis zum Trommelfeuer. Auch nördlich Weimarer herrscht großer Kampf.

Zweitägiger Waffenstillstand.

Bielefeld, 23. März. In den heute hier geflogenen Verhandlungen über die Lage im Industriegebiet nahmen als Vertreter der Reichs- und der Landesregierung Reichsminister Giesberts und der preussische Landwirtschaftsminister Braun, ferner Reichskommissar Severing und Vertreter der Industrie, der Reichswehr, der Unabhängigen, der Kommunisten und sämtlicher Gewerkschaften teil. Reichskommissar Severing gab einen Überblick über die Lage und erklärte, daß sich im Industriegebiet eine kommunistische Kampfbewegung gebildet habe. Reichsminister Giesberts erklärte, daß das Kabinett einmütig darin sei, Verhandlungen mit dieser Kampfbewegung ebenso wie vorher mit der Kapp-Regierung abzulehnen. Es wurde schließlich eine Kommission gebildet mit der Aufgabe, eine Grundlage zu finden, damit der Kampf der beiden Parteien ein Ende gemacht werde und das Unterwerfen aufhöre. Die Vertreter der bewaffneten Arbeiter erklärten, bei einem Siege der Regierungstruppen würden die hinter ihnen stehenden Bergarbeiter sämtliche Bergwerke in die Luft sprengen. Die Kommission kam nach mehrstündigen erregten Verhandlungen zu dem Ergebnis, daß ein zweitägiger Waffenstillstand mit allseitiger Verpflichtung zum Abbruch der Kampfhandlungen in Kraft treten solle. Über die weiteren Forderungen (u. a. Übergabe der Militärgeleit an einen Zivilkommanden) soll morgen in der Kommission weiterverhandelt werden, nachdem Minister Braun, der noch in der Nacht nach Berlin zurückkehrte, der Reichsregierung mündlich Bericht erstattet hat. Reichsminister Giesberts wird morgen an den weiteren Verhandlungen der Kommission teilnehmen.

England.

London. Lord George erklärte im Unterhaus, daß für die Zusammenkunft des Völkervertrages noch kein Zeitpunkt festgelegt sei. Wenn allgemein das Verlangen gestellt werde, die Frage im Unterhaus zu besprechen, sei die Regierung bereit, dafür einen Tag zu bestimmen. Auf eine weitere Anfrage erklärte Lord George, das Zustandekommen einer Regierung in Deutschland gehe allein das deutsche Volk an. Die Mitglieder seien jedoch verpflichtet, darauf zu bestehen, daß ohne Rücksicht darauf, welche Regierung in

Hochentz. Durch einen Brand im Warenhaus haben sich für etwa 1 1/2 Millionen Mark Waren verloren. Die Schäden sind durch Versicherungen ersetzt.

Es ist schwer, in dem Hause zu sein, trotzdem nicht viel zu tun.
Ich persönlich unterrichte lieber eine Klasse der unbedingtesten
ander, als das Wohlfühlen dort zu genießen; durch meine
Schweiger, die zwei Söhne bei der Frau von Steinhagen gewesen ist,
kann ich die Verhältnisse genau.
Tsch, viel Tsch und Klugheit gehört dazu. Das einzige Gute ist,
die Frau von Steinhagen gut zahlt.
Ich weiß nicht, ob Ihre Nerven und Ihr Temperament die tau-
deln Feinen Redensarten und Rücksichtslosigkeiten werden ertragen
können. Ich wünsche Glück!
Gemeine hat ein wenig Idiosyncrasie und ein wenig überlege-
nachte.

Von Berlin.
23. März. Nachdem

